

# Fördergeld für Integrationsarbeit fließt

**SOZIALES** Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen berichtet von Zusage des Bundesamtes

Im Oktober 2013 hatte die Gemeinde den Zuschussantrag gestellt. Schon lange wartete sie auf die Zusage.

VON ULRICH SUTTKA

**GROßENKNETEN/BERLIN** – Der Antrag ist datiert vom 24. Oktober 2013. Damals bewarb sich die Gemeinde Großenkneten um die Aufnahme in das Programm „Leben im Viertel“ beim Bundesamt für

Migration und Flüchtlinge (Bamf). Jetzt hat das Warten auf einen positiven Bescheid offenbar endlich ein Ende. „Die Gemeinde Großenkneten wird Fördermittel des Bundes für ihre Integrationsarbeit erhalten“: Das hat Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen (CDU) am Dienstag in Berlin mitgeteilt.

„Die Unterstützung dieses Antrags zählte für mich schon zu einer der ersten Aktivitäten nach meiner Wahl zur Bundestagsabgeordneten“, so Grotelüschen in einer Mittei-

lung, in der sie sich selber als „überzeugte Verfechterin der Integrationsarbeit“ bezeichnet. Die Ahlhornerin ist auch Ratsfrau in der Gemeinde Großenkneten und mit Problemen durch den hohen Anteil an Migranten, besonders in Ahlhorn, vertraut. Grotelüschen hat die freudige Kunde am Dienstag auch der Knetter Verwaltung mitgeteilt. Ein offizieller Bescheid liegt derzeit noch nicht vor.

Im Oktober 2013 hatte die Gemeinde sich um einen 75-prozentigen Zuschuss auf drei

Jahre beworben. Sie beantragte damals insgesamt 144 000 Euro als Zuschuss für drei Jahre, also 48 000 Euro im Jahr. Die Antwort aus dem Bundesamt verzögerte sich in der Folgezeit immer wieder, so dass die Gemeinde zunächst vor Ort ein Netzwerk für die Integrationsarbeit mit örtlichen Akteuren, auch ehrenamtlichen Kräften, knüpfte.

Als auch bei den Haushaltsberatungen im Herbst 2014 die Förderzusage des Amtes weiter ausstand, entschied sich der Rat einmütig,

den vorgesehenen Etatansatz um 10 000 Euro zu erhöhen – angesichts der Wichtigkeit der Aufgaben. Aktuell sind 44 000 Euro für Integrationsarbeit eingeplant, zusätzlich Gelder für Personalkosten.

„Es ist notwendig, dass die Integrationsarbeit insgesamt mit mehr Förderung bedacht wird – für zusätzliche Sprachangebote sowie schulische und allgemein pädagogische Unterstützung“, so Grotelüschen. Insbesondere sieht sie Bedarf für die Unterstützung der Grundschulen.